

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags aus morgens. Abonnements-
preis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg,
Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentlich, oder M. 1,50
monatlich. Abonnementspreis bei Postbestellung monatlich M. 1,50 u. viertel-
jährlich M. 3,50. Feldpost-Abonnements M. 1,50 monatlich. Insertions-
preis die Zeile 50 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag, für Stellenange-ote und
Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag. Familien-Anzeigen für Abonnenten
70 Pf. die Zeile. Kleine Anzeigen: auswärts 30 Pf. das festgedruckte Wort
50 Pf. mit 50% Zuschlag. - Redakt. u. Haupt-Expedit. S. W. Jerusalem
Str. 48-49. Tel. Zentrum Nr. 10131-10144; L. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Vertrieb: Moritzpl., Koppenicker Str. 47-66, Wiener Str. 1-6, Frankf. a. M. 286, Frankf.
Allee 546, gr. Frankf. Str. 101, Grosse Str. 127, Schönha. Allee 144, Schönha. Allee 4.
Friedrichstr. 133, Kaiserstr. 81, Königstr. 12-17, Rosenthal Str. 46, Rathenow
Str. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 33, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 51, Büchelerstr. 69,
Oberlößnitz, Tautzenstr. 2, Kottbus 31, Senarstr. 39, Nürnberg Str. 20-26,
Ständehaus Röhlsitz 10, Bismarck-Grabenwald-Str. 10, Liebenberg,
Frankf. a. M. 281, Lichtenfelde-West, Carst. 1-2, Neukölln Berliner Str. 41,
Hermannstr. 95-97, Pankow Bornholmer Str. 1, Schmarzendorf Breite Str. 10,
Schönberg Hauptstr. 25-28, Marlow-Landstr. 4, Steglitz Albrechtstr. 124,
Focke Berliner Str. 12, Tempelhof Berliner Str. 147, Wilmersdorf Uhlen-
str. 9, Brandenburg Hauptstr. 4, Frankfurt a. O. Roggenstr. 4a, Potsdam
Brandenburger Str. 25, Spandau Fricke-Str. 47, Stettin Paradiesplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Die mitteldeutsche Streikwelle.

Der Proteststreik der Leipziger Bürgerschaft.

Aus Leipzig wird den P. P. N. gemeldet: In dem
Bürgerstreik beteiligten sich Apotheker, Juristen und
sämtliche Geschäftslente. Die Ärzte und Postbeamten haben
mit 3000 gegen 3000 die Beteiligung an dem
vom A. und S.-Rat proklamierten Generalstreik abge-
lehnt und noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob
sie sich an dem Bürgerstreik der anderen Seite beteiligen
wollen. Die Eisenbahnarbeiter streiken. Die Eisen-
bahnbeamten sind für die Regierung. Im A. und
S.-Rat ist der Unabhängige Seeger abgesetzt. An
seiner Stelle ist ein radikaler Spartacist, Kurt Geher, ge-
setzt. Neben ihm steht noch der frühere Redakteur der
„Leipziger Volkszeitung“, Liebmann, der noch etwas
Schlummeres als ein Spartacist ist. Er hat gedroht, falls
die Regierung etwas unternimmt, qualifizierte Ge-
walt anzuwenden zu wollen.

Gleichzeitig mit den Vorgängen in Hamborn fand eine Ent-
waffnung der Jecher und Kolonie Wehosen statt. Die Truppen
werden in Hamborn verbleiben, bis Ruhe und Ordnung wiederher-
gestellt sind und die Entwaffnung durchgeführt ist.

Armes Düsseldorf!

Schon wieder ein Generalstreik.

Die Lage in Düsseldorf hat sich im Zusammenhange mit
der Frage der Lohnzahlung für die Streikstage weiter verschärft
und zur Verkündung eines neuen Generalstreiks geführt.
Die Streikenden veranstalteten große Kundgebungen, wobei
aufreizende Reden gehalten wurden.

General Maerker in Erfurt verwundet.

Auf der Durchreise nach Weimar angegriffen.

Als General Maerker auf der Durchreise von Gotha nach
Weimar vor dem Garnisonkommando in Erfurt hielt,
um mit den hiesigen militärischen Stellen sich zu besprechen, sammelte
sich eine erregte Menschenmenge um seinen Kraftwagen.
Die in dem Fahrzeug befindlichen Offiziere wurden wütend
und tätlich beleidigt. Als General Maerker das Gebäude
verließ, wurde er umringt, geschlagen und durch einen Stich
am Kopf verletzt, so daß er sich in das Garnisonkommando zurück-
ziehen mußte. Um elf Uhr setzte der General in Begleitung von Mit-
gliedern des Arbeiter- und Soldatenrats, die die Menge be-
ruhigten, die Reise nach Weimar fort. General Maerker ist
zwischen in Weimar eingetroffen.

Die Niederlausitz „noch“ ruhig.

Rottbus, 27. Februar.

Im Niederlausitzer Braunkohlenrevier herrscht,
wie der „Rottbuscher Anzeiger“ von zuständiger Stelle erfährt, vor-
läufig noch Ruhe. Auf allen Gruben und Kohlenwerken, die
im Gebiet der Provinz Brandenburg liegen, nimmt der Betrieb
noch ungehindert seinen Fortgang. Gestreift wird dagegen auf den
Werken in dem angrenzenden Teil der Provinz Sachsen.

Emden besetzt.

Emden, 27. Februar.

Heute vormittag sind Abteilungen des Freiwilligenkorps
Röbers hier eingetroffen; außerdem machten drei Tor-
pedoboote im Binnenhafen fest. In der Stadt herrscht Ruhe
und Ordnung.

Die Lage in München.

Vor der Entscheidung.

Aus München wird den „P. P. N.“ gemeldet: Die
Stadt ist sehr unruhig. Die Ministerliste, die dem
Reichstag vorliegt, ist noch nicht komplett. Ob der
Landtag zusammengetreten wird, ist ungewiß. Eine
Voransage über den Verlauf der kommenden politischen
Ereignisse läßt sich nicht machen. Es liegen keine Nachrichten
aus den Landkreisen des Zentrums vor. Wenn die
Republik ausgerufen werden würde, dann dürften die
Bauern die Ablehnung der Vorräte ver-
weigern. Deshalb glauben vertrauenswürdige
Beurteiler, daß sich eine Republik nicht lange halten
dürfte. Die Kommunisten wittern die Gefahr und be-
setzen systematisch die umliegenden Dörfer, um die
Lebensmittel in ihre Gewalt zu bekommen.

Räteystem, nicht Rätediktatur.

Der Münchener Rätekongreß.

In der Sitzung des Rätekongresses ergriff unter anderem
nach dem Anhören der Kommission zur Untersuchung der
Verhandlungen der Kommunisten am Bahnhof und nach der Abgabe der
Erklärung Sanders namens des Bauernbundes der Mehrheits-
sozialist Dr. Löwentals das Wort und nahm scharf Stellung
gegen die Errichtung der Rätediktatur. Er sei für
das Räteystem, aber nicht für die Rätediktatur. Alle seien sich einig,
daß eine Einheitsfront gegen den Kapitalismus
hergestellt wird. Es sei aber gefährlich, radikale Mittel anzuwenden.
Wenn Diktatur der Räte kommen würde, würden wir neuem
Vergleichen entgegengehen. Es geht nicht an, daß man zu
Zerknirschung des Gänsees Leute berufe, die er zu seinen Bedenken
auf das schärfste befehligt habe. Es ist unmöglich, daß eine sozia-
listische Revolution mit denselben Mitteln gemacht werden könne
wie eine politische. Wenn eine sozialistische Revolution gemacht
werden solle, müssen alle Volksgenossen an ihr teilnehmen. Der
Bauernrat hat erklärt, daß im Falle der Errichtung der
Rätediktatur für die Versorgung der Städte nicht
mehr garantiert werden könne. Wir können Neben-
halten, würden aber als Wahnsinnige verunglücken. Wir be-
wägen eine Hungernot wie in Petersburg. Wir würden durch die

Errichtung einer Rätereublik eine Fülle von Attentaten
herbeiführen. Wir lassen uns durch den blutigen Terror nicht ab-
halten, die Rätereublik zu bekämpfen. Die Mehrheitssozialisten
haben erkannt, daß die Diktatur zur völligen Ver-
nichtung des deutschen Volkes führen müsse. Die
Entente hat gar nicht nötig, einzumarschieren, damit wir ihre
Truppen revolutionieren können. Sie braucht uns nur auszu-
hungern. Wenn wir die Rätereublik schaffen, werden wir die
Avantgarde der Reaktion sein. (Hier erhob sich großer
Lärm.) Der wahre Revolutionär ist nicht derjenige, der am radi-
kalsten sei, am meisten schreie und schreie, sondern der am meisten
dauernde Werte schaffe. Die befehlerte Rede schuf eine für
die Mehrheitssozialisten günstige Stellungnahme. Es erhob sich
stürmischer Beifall bei der Mehrheit des Hauses.

Ein Freiwilligenbataillon entwaffnet.

Ausbreitungen auf dem Bahnhof Grajewo.

Königsberg i. Pr., 26. Februar.

Zu den Ausbreitungen auf dem Bahnhof in Grajewo erfahren
wir von zuständiger Seite. Ein Freiwilligenbataillon
bei dem verbrecherische Propaganda günstigen Boden
gefunden hatte, sollte abtransportiert werden. Auf die zur Ab-
lösung nach Grajewo befohlenen Truppen wurde aus dem Zuge ein
Schuß abgegeben. Bei der darauf angeordneten Ent-
waffnung des Freiwilligenkorps kam es zu einer Schießerei,
bei der leider eine Anzahl Leute verwundet wurde. Es sollen
auch drei Mann tot sein. Genaue Angaben fehlen noch. Die
Entwaffnung des gesamten Transportes wurde
durchgeführt.

Königsberg i. Pr., 27. Februar.

An dem heutigen eintägigen Demonstrationstreif
der hiesigen Arbeiterkassen beteiligten sich auch die Betriebe des
Elektrizitäts- und Gaswerks. Die Zeitungen er-
scheinen nicht.

Schlechte Anlagen gegen Liman v. Sanders. Wolffs
Bureau meldet: Nach französischen und englischen Zeitungsmeldungen
soll General Liman v. Sanders auf Befehl des Generals
Franz d'Esperen wegen Anordnung der armenischen und
syrischen Greuel vor ein internationalisiertes Kriegs-
gericht in Konstantinopel gestellt werden sein. Falls sich
Liman General v. Liman in keiner Weise für diese Vorgänge
verantwortlich gemacht werden.

Die Streikdebatte
in der Nationalversammlung.

Die Annahme des Reichswehrgesetzes in dritter Lesung.

Weimar, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Streikvorgänge im Reich waren heute ihre
dunklen Schatten in der Nationalversammlung und
dort eine breite Debatte. Das Reichswehrgesetz, dessen
dritte Lesung stattfand, stand nur in losem Zusammenhang
mit den Streikvorgängen. Da der Präsident aber dem Redner
der Unabhängigen die Bekämpfung der Streikereignisse zu-
nächst gestattete, war es nur schwer möglich, die Debatte ein-
zudämmen. Der unabhängige Sozialist Braß ist einer der
Hauptführer der Streikführer im Westen gewesen. Heute
spielte er den Harmlosen und suchte es sogar so darzu-
stellen, als ob er vom Streik abgeraten habe. Natürlich
behauptete er auch, ein Gegner der Putzschakal zu sein. Es
liegt System in der unabhängigen Methode: draußen in den
Volksversammlungen und in ihrer Presse führen sie das große
Wort, reizen die Massen zu Unbesonnenheiten und Streiks auf,
und dann stellen sie sich im Parlament hin und erklären, als
unschuldvolle Lämmlein, daß nur die Regierung oder Herr
Noske's Garden an dem Streik die Schuld tragen. Das robuste
Gewissen dieser Leute wird nur noch durch die Dreistigkeit
ihres Auftretens übertrifft. Sie gebärdeten sich gellern in
ihren Aeusserungen und Zwischenrufen so wild, daß der Prä-
sident andauernd mit Ordnungsrufen dazwischen fahren
mußte. Von Seiten der Mehrheitssozialisten wiesen die
Abgeordneten Schöpplin und Hue auf die Unwah-
rhaftigkeit der unabhängigen Methode hin und ließen es
an einer gebührenden Kennzeichnung der Persönlichkeit des
Herrn Braß nicht fehlen. Auch der Reichswehrminister
Noske griff wiederholt in die Debatte ein.
Er gestörte vor allem das Märchen, als ob
die Reichsregierung mit Spießeln arbeite. Wohl aber
sind ruffische Spießeln auch heute noch ständig unterwegs.
Da der Reichswehrminister auf einen Ruf Dr. Cohn's
meinte, dieser könne am besten über die ruffischen Rubelcheine
Auskunft geben, so dauerte es nicht lange, bis auch Herr
Cohn das Wort nahm. Seine Darstellung über die von den
Unabhängigen vereinnahmten ruffischen Gelder steht in
stärkstem Widerspruch zu den Angaben, die der ver-
storbene ruffische Botschafter Joffe in verschiedenen Funk-
sprüchen gemacht hat. Herr Cohn selbst will nur eine Mil-
lion von Joffe empfangen haben, aber er meinte doch
vorsichtshalber, es könnten auch 20.000 Mark mehr gewesen sein.
Dieses Geld will er für die Angestellten und die übrigen Ver-
pflichtungen der Botschaft empfangen haben. Gleichwohl
erzählte er, in einem Atem, daß er überhaupt keine Gelder der
ruffischen Regierung, sondern nur Parteigelder er-
halten habe. Für politische revolutionäre Zwecke gibt er an,
50.000 Mark ausgegeben zu haben, darunter Beiträge an zwei
unabhängige Zeitungen.

Nach einer Mut persönlicher Bemerkungen wurde das
Wehrgesetz endlich in dritter Lesung verabschiedet.
Einige kleinere Vorlagen, darunter das Notgesetz für Elb-
Votbringen, gelangte in allen drei Lesungen zu Annahme.
Die Nachmittagsitzung wurde völlig ausgefüllt
durch eine ausgedehnte Unterhaltung über das sogenannte
Übergangsgesetz, das die Verordnungen der Revolutionä-
regierung legalisieren soll. Morgen früh kann endlich die
erste Lesung der Verfassungsvorlage ihren Anfang
nehmen.

Der Sitzungsbericht.

17. Sitzung vom 27. Februar.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf zur Befreiigung
der Krieger der Verkehrskontrollen.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des
Gesetzentwurfs über die Bildung einer vorläufigen
Reichswehr.

Hg. Dr. Fleischer (Zentr.) verlangt zur Befreiigung aller Gemein-
nisse der Umverteilung die Berücksichtigung der berechtigten Wünsche
des aktiven Unteroffizierskorps, das das Rückgrat der neuen
Truppe bilden müsse. Auch den Militär-Anwärtern müsse
welt mehr entgegengetreten werden. Nicht nur von amerikanischen
Staaten, sondern auch von den Spartacisten werde alles aufgegeben,
um deutsche Unteroffiziere zu gewinnen.
Präsident Fehrenbach weist darauf hin, daß, falls die Diskussion
in dieser breiten Weise weitergeführt werde, der Abschluß der Be-
ratungen am Sonnabend mehr als zweifelhaft erscheine.

Wehrminister Noske:

Den Fragen der Wehrminister lagen, Verordnungsansprüche,
anderer Regelung der Gehaltsfrage wird selbstverständlich größte
Aufmerksamkeit geschenkt. Ich habe gestern angeordnet, daß diese
Dinge sofort noch einmal geprüft werden und so rasch als möglich
eine Entscheidung herbeigeführt wird. Die braunschweigische Regie-
rung hat jedem Unteroffizier, der vom Zivilverordnungsstellen
seiner Gebrauch macht, 8000 Mark versprochen. Die Reichs-
regierung denkt gar nicht daran, die Wechsel ein-
zulösen, die die jetzige braunschweigische pro-
visorische Regierung auf Kosten des Reiches zahlt.
(Beifall.) Mit dem Märchen, daß die Unteroffiziere Volkswaffen
werden würden, wenn sie nicht hoch bezahlt werden, sollte man
hier nicht kommen. Wenn Unteroffiziere nur durch gehobene Be-
züge von dem Bolschewismus abgehalten sind, würden sie eine
sehr schnelle Stütze für die Regierung sein. (Zustimmung.)
Hg. Braß (U. Soz.) Die Regierung will offensichtlich Gewalt
gegen Gewalt setzen. (Sehr wichtig! rechts.) Für das weitere An-